

Danziger Zeitung.



Beitung.

No 16187

Die "Danziger Zeitung" erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntags Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Kettelerhager gasse Nr. 4 und bei allen Posten. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Insolite lohen für die Zeitzeile oder deren Raum 20 M. Die "Danziger Zeitung" vermittelt Informationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1886.

Politische Uebersicht.

Danzig, 3. Dezember.

Die Militärvorlage.

An die Statsverhandlung, welche in vieler Beziehung eine erwünschte Klärung gebracht und in welcher der preußische Finanzminister, Dr. v. Scholz, selbst nach dem Urteil der "Nat. Stg.", „zwei recht ungünstliche Tage gehabt“ hat, schlägt sich heute die erste Berathung der Militärvorlage. Wir glauben nicht, daß dieselbe einen solchen Verlauf nehmen wird, daß man schon mit einer Sicherheit Schlüsse auf den Ausgang ziehen kann. National-liberale Blätter meinen, daß das Centrum für die wesentlichen Bestandtheile der Vorlage, vielleicht auf fünf Jahre, eine Majorität liefern werde; aber vorläufig wird, davon sind wir überzeugt, das Centrum gewiß keine bestimmte Stellung einnehmen, zumal da die finanzielle Seite von demselben keineswegs leicht genommen werden kann nach dem, was die Redner der Partei bei der Statsdebatte ausgeführt haben. Es handelt sich doch immerhin, wenn die Vorlage in ihren wesentlichen Theilen angenommen werden sollte, um eine Mehrbelastung von jährlich 25—30 Mill. (incl. Pensionen und Extraordinarium). Nun ist zwar richtig, daß das Centrum im vergangenen Frühjahr in der Commission zur Vorberathung des Brantwein-Monopols größere Einnahmen durch eine höhere Consumsteuer angeboten hat; aber das Centrum würde, wenn es jetzt der Erhöhung der jährlichen Mehrbelastung zustimme, auch dafür sorgen müssen, daß die Mehreinnahme noch in dieser Session beschafft werden würde, denn es hätte seine Bedenken, die Mehrausgabe zu bewilligen, die Mittel dazu aber nicht.

Was nun die in der Vorlage verlangte Zeitdauer anlangt, so kann die Periode der sieben Jahre wohl schon jetzt als bestigt betrachtet werden. Wie schon gesagt: die Regierung selbst hat das wichtigste Argument gegen das Septennat als solches geliefert, indem sie selbst nicht an den sieben Jahren festgehalten, sondern schon nach Ablauf von nur sechs Jahren eine Änderung verlangt. Damit ist kurz und klar anerkannt, daß es sich durchaus nicht um ein Prinzip handelt, an dem man unbedingt festzuhalten entschlossen ist, und auch die conservative Presse hat bekanntlich schon diese Seite der ganzen Frage nur für eine Frage der Opportunität bezeichnet.

Weit wichtiger ist die Frage nach dem zahlenmäßigen Umfang der Erhöhung der Präsenzziffern und wie weit, wenn die Erhöhung in der verlangten Form zugestanden würde, andererseits eine Erleichterung durch Abkürzung der Dienstzeit gewonnen werden könnte. Auch hierüber wird die Generaldebatte keine genügende Klärung bringen; diese ist erst in der Commission zu erwarten, und damit wird die Spannung noch längere Zeit unvermindert bleiben, da die Commissionarbeiten vor Weihnachten schwerlich zum Abschluß gelangen.

Viel wird von den Aufschlüssen abhängen, welche in der Commission gegeben werden sollen und auf die ja auch schon offiziell hingewiesen worden ist. Diese Aufschlüsse werden voraussichtlich mehr und besseres zu einer Beurtheilung der Sachlage bieten, als jetzt vorliegt. Man wird dann auch übersehen können, in wie weit die Forderung der Militärvorwaltung mit den gegenwärtigen äußeren Situation zusammenhängt, ein Punkt, der bei der Statsdebatte offenbar auf Grund eines allgemeinen Einverständnisses völlig unberücksichtigt geblieben ist. Was die "Nord. Allg. Stg." und andere gouerne mentale Blätter bisher über die französische Armee gebracht haben, ist nicht geeignet, die in den Motiven enthaltene Behauptung zu erhärten, daß die französische Friedensstärke die deutsche weit überflügeln. Auch conservative deutsche Zeitungen haben dieselbe bisher geringer angegeben, als die deutsche, wenn man die in Frankreich der Armee beigezeichnete Gendarmerie und die Colonialtruppen abzieht.

Gedankt wird von den Aufschlüssen abhängen, welche in der Commission gegeben werden sollen und auf die ja auch schon offiziell hingewiesen worden ist. Diese Aufschlüsse werden voraussichtlich mehr und besseres zu einer Beurtheilung der Sachlage bieten, als jetzt vorliegt. Man wird dann auch übersehen können, in wie weit die Forderung der Militärvorwaltung mit den gegenwärtigen äußeren Situation zusammenhängt, ein Punkt, der bei der Statsdebatte offenbar auf Grund eines allgemeinen Einverständnisses völlig unberücksichtigt geblieben ist. Was die "Nord. Allg. Stg." und andere gouerne mentale Blätter bisher über die französische Armee gebracht haben, ist nicht geeignet, die in den Motiven enthaltene Behauptung zu erhärten, daß die französische Friedensstärke die deutsche weit überflügeln. Auch conservative deutsche Zeitungen haben dieselbe bisher geringer angegeben, als die deutsche, wenn man die in Frankreich der Armee beigezeichnete Gendarmerie und die Colonialtruppen abzieht.

Schon im Jahre 1880 sind im deutschen Reichstage sehr ausführliche Verhandlungen über diesen Punkt geführt worden. Seitdem ist aber in Frankreich nichts sehr wesentliches zur Verstärkung der Armee auf dem Friedensfuß geschehen. Jedenfalls wird gerade dieser Punkt noch der näheren Aufklärung bedürfen.

Zumfinden dieser Tage auch in der französischen Deputatenkammer bei Berathung des Militärbudgets Vergleiche zwischen der deutschen und französischen Heeresstärke gemacht worden. Als der Abg. Keller eine Erhöhung der Befoldung um 4 Millionen beantragte, erklärte, wie vorgestern gemeldet, der Kriegsminister Boulanger in ziemlich dunkler Form:

"Man müsse denjenigen, die im deutschen Reichstage eine Vernehrung des Effectivstandes verlangt haben, es überlassen, sich der Argumente zu bedienen, welche aus einer Vergleichung des französischen und des deutschen Effectivstandes gezogen würden."

Nach der "B. Stg." sagte Boulanger:

"Leider die deutschen Truppenbestände möge er sich nicht auslassen, um nicht den deutschen Reichstagsmitgliedern Gründe zur Bewilligung der neuen Forderungen zu bieten, doch seien Kellers Angaben ungern."

Nach der "Köln. Stg." endlich lautete die fragliche Erwiderung des Kriegsministers:

Die Vergleiche zwischen den französischen und deutschen Effectivbeständen könnten aber nur denjenigen als Beweisgrund sein, welches im Reichstage die Erhöhung des Effectivstandes verlangten. "Warum?", fragt der Kriegsminister, "will man mich zwingen, 4 Millionen anzunehmen, die ich nicht nötig habe?"

Nach diesen Berichten kann man gleichfalls nicht genau sagen, was Boulangers Erklärungen bedeuten, ob sie nur eine Renommage sind oder was sonst.

Das Programm des Ministers v. Scholz.

Finanzminister v. Scholz ist entrüstet darüber gewesen, daß die Abg. Ritter, v. Huenne und Windhorst aus seinen Ausführungen am Mittwoch den Schluss zogen, daß die Reichsregierung nach wie vor an dem Project der Einführung des Tabak- und Brantwein-Monopols festhalte. Aber was hat denn Minister v. Scholz gesagt? Die

Nede desselben hat vorgestern Abend schon der "Reichsanzeiger" veröffentlicht und darin heißt es:

"Ich für meine Person halte das ganze Programm aufrecht, welches ich im preußischen Abgeordnetenhaus für uns dargelegt habe. Es sind die Aufgaben deutscher allein mit dem Ertrage des Brantwein-Monopols vollständig zu erfüllen, im Reich und in Preußen, und so weit sie nicht vollständig damit zu erfüllen sind, würden sie zunächst eben nur in tantum zu erfüllen sein (Heiterkeit links, Ruf: "Tabakmonopol"). Der Tabak wird später gewiß noch dazu kommen. Sie wissen, das ist meine positive Überzeugung. Damit können wir gewiß alles, was in diesem Programm gelegen hat, vollständig entwideln."

Wenn man sich erinnert, daß Minister v. Scholz im Abgeordnetenhaus f. Z. das Wiedererscheinen des Tabakmonopols für eine spätere Zeit in Aussicht gestellt hat, so kann über die Tragweite der neuesten Erklärung um so weniger ein Zweifel bestehen, als der Minister selbst sich auf das "Wissen" seiner Zuhörer bezieht. Vorgestern meinte Herr v. Scholz, er habe auf den Zwischenruf (des Abg. Ritter) nur bemerkte: "Vielleicht wird der Tabak später noch dazu kommen", während er nach dem offiziellen Bericht "gewiß" gesagt hatte und im Übrigen das Programm der Regierung, wonach der Brantwein nur in erster Linie, aber neben Tabak und Bier auf der Steuerliste steht, zur Kenntnis bekannt ist. Als aber Abg. Ritter den tatsächlichen Sachverhalt klar stellte, glaubte der Finanzminister gegen den "Versuch einer Legendenbildung" protestieren zu müssen, und sprach davon, daß ihm etwas imputiert werde, was er nicht gesagt habe. Das sei unter ehrlichen Leuten nicht zulässig. Ob der Finanzminister v. Scholz es sich als ein besonderes Verdienst anrechnet, daß er den Präfekten, einen hochconservativen und jederzeit absatzbaren Regierungsbefehl gezwungen hat, ihn, wenn auch nicht direkt, zur Ordnung zu rufen, wie das im vorigen Jahre auch seinem früheren Collegen Herrn v. Burchard gelungen ist, mag unerörtert bleiben. Es ist vollkommen ungültig, wenn ein Mitglied des Bundesrats, hier der Finanzminister für Preußen, vor dem Reichstage zur Vertheidigung der von ihm geleiteten Steuerpolitik Behauptungen aufstellt und nachher deren Tragweite unter dem Vorzeichen in Abrede stellt, er habe nur seiner persönlichen Aussprache Ausdruck gegeben.

Wäre Herr v. Scholz nicht preußischer Finanzminister, so würde man sich um seine Privatansichten ebenso wenig kümmern, wie in der Zeit, wo er als vortragender Rat des Finanzministers Camphausen im Ministerium arbeitete. Selbst der conservativen "Post" erscheint es praktisch nicht klug, mit dem Brantweinmonopol und einer höheren Besteuerung des Tabaks, welche ihrer Unbestimmtheit wegen alsbald zu einer Biedereitirung des Gespenstes des Tabakmonopols die Handhabe bietet, zu operieren.

Der Rückzugs- und Abschwächungsmanöver ist jedenfalls nicht gelungen.

Zu der Neußerung des Herrn v. Scholz über die Börsensteuerderaktionen

schriften uns unser Berliner Δ-Correspondent: Die Entrüstung der Börsen- und weiteren kaufmännischen Kreise über die Neußerung des Finanzministers v. Scholz, daß die geringeren Exträge der Börsensteuer auf Desrauden bei deren Nachfrage beruhen, ist kaum zu beschreiben. Die Altesten der Berliner Kaufmannschaft werden, wie schon erwähnt, einen Protest dagegen veröffentlichnen und noch weitere Organe des Handelsstandes, so in Frankfurt a. M., erklären sich gleichfalls gegen den Minister. Hier in Berlin wird die Handhabung des Stempelsteuer-Gesetzes seitens der Kaufmannschaft mit peinlicher Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit betrieben und es wird behauptet, daß man viel mehr Objekte versteuere, als streng genommen zu versteuern sind.

Zur Coalitionsfreiheit der Arbeiter.

Die socialdemokratischen Anträge der Abg. Kayser und Genossen betreffs Abänderung der Gewerbeordnung, die schon kurz telegraphisch erwähnt sind, haben folgenden Wortlaut:

Art. I Dem § 152 ist als Absatz 2 einzufügen: "Vereine, welche sich zum Zweck der Errichtung besserer Arbeitsbedingungen gebildet haben, können sich mit einander verbinden, jeden gewerblichen Arbeiter, gleichviel welchen Alters, aufnehmen und sind den Vereinsgesetzen nur insoweit unterworfen, als es sich um Anmeldung von Versammlungen handelt. Für allgemeine, die Arbeitsbedingungen beruhende Versammlungen gelten die gleichen Vorschriften. Alle entgegengesetzten reichen- und landesgesetzlichen Bestimmungen sind aufgehoben."

Art. II An Stelle des § 153 der Gewerbeordnung treten folgende Bestimmungen:

"Wer Andere durch Annwendung körperlichen Zwanges, durch Drohungen, durch Körperverletzung, durch hinterlegte Cautionen, Androhung von Geldstrafen u. dergl. oder durch Verurteilung bestimmt oder zu bestimmt verflucht, an solchen Verabredungen (§ 152) Theil zu nehmen oder ihnen Folge zu leisten oder andere durch gleich Mittel hindert oder zu hindern versucht, von solchen Verabredungen zurückzutreten, wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft, sofern nach dem allgemeinen Strafgesetz nicht eine härtere Strafe eintritt. Einer Verurteilung ist gleich zu achten, wenn Vorstände oder Mitglieder von Verbänden aller Art (sog. schwarze) ausgeben, um sich zu verpflichten, bestimmten Personen den Eintritt in die Arbeit zu verweigern oder deren Austritt aus der Arbeit zu veranlassen."

Nach Art. I sollen demnach Lohnvereine nicht, wie neuerdings seitens der Polizeibehörden geschehen ist, als politische Vereine im Sinne des preußischen Vereinsgesetzes behandelt werden, sondern nur als Vereine, welche sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigen. Diesen steht nach dem Vereinsgesetz die Verbindung mit gleichartigen Vereinen offen und haben dieselben nur die Pflicht, ihre Versammlungen polizeilich anzumelden. Die Folge würde sein, daß die in Rede stehenden Vereine als nicht politische auch dem Socialisten-Gesetz nicht unterliegen. Der Zusatz: "Für allgemeine, die Arbeitsbedingungen beruhende Versammlungen gelten die gleichen Vorschriften",

d. h. für dieselben ist nur die polizeiliche Anmeldung erforderlich, läßt die Aufhebung der bezüglichen Bestimmungen des Socialisten-Gesetzes noch deutlicher hervortreten. Die Vorschläge des Art. I haben den Zweck, die Coalitionsfreiheit der Arbeiter gegen die neuerdings beliebte Auslegung des Socialisten-Gesetzes sicher zu stellen. In den § 153 der Gewerbe-Ordnung sollen unter die Mittel, mittels derer Arbeiter nicht bestimmt werden dürfen an Stelle Theil zu nehmen oder von denselben zurückzutreten, auch "hinterlegte Cautionen und Androhung von Geldstrafen u. dergl." aufgenommen werden. Weitere Anträge betreffen eine Erweiterung des Art. 31 der Reichsverfassung und die Einführung eines zehnstündigen Normalarbeitsstages.

Russische Spiritusausfuhr.

Die Ausfuhr des raffinierten russischen Sprits veringert sich trotz der bedeutenden Erhöhung der Ausfuhrprämie von Jahr zu Jahr in merlicher Weise. Dagegen steigt die Ausfuhr des Rohspiritus und es beträgt dieselbe im Jahre 1884 60 Proc. im Jahre 1885 80 Proc. der Gesamttausfuhr. Diese Erhöhung erklärt sich dadurch, daß der ausgeförderte russische Spirit nicht direkt zum Consum bestimmt ist, sondern vorzugsweise von den Spiritusfabriken in Deutschland und Schweden bezogen wird, die das Material dann weiter verarbeiten.

Der Schweif des Jungenheimer Kometen.

Das Hauptinteresse in der bulgarischen Frage richtet sich gegenwärtig auf die bulgarische Deputation, die nun ihre Reise an die Höhe angetreten haben wird. Daß in Petersburg einige Blemmungen angefallen der gegenwärtigen Sachlage vorherrschen, ist zweifellos. In gewissen anonymer Kreisen Russlands heißt man, einem Bericht des "Times"-Correspondenten zufolge, die Idee, daß die bulgarischen "Pseudo-Regenten" jeder anderen Kandidatur für den Thron, als der des Prinzen Alexander, Widerstand zu leisten beabsichtigen. Dies steht im Einklang mit ähnlichen Meldungen und auch mit den von der "Moscow Gazette" veröffentlichten Neuheiten über die geheimen Absichten des Herrn Stambulow und seiner Collegen. Der von den Russen vorausgesetzte Plan ist dieser:

Die bulgarische Verfassung wird den Prinzen Alexander von Battenberg wiederwohnen und diesem die Thatsache mittheilen, wahrscheinlich durch eine Deputation. Der Prinz wird natürlich ablehnen, denn nach dem Vorgefallen und besonders nach dem, was er selbst gesagt hat, könnte er unter den jetzigen Verhältnissen nicht zurückkehren; aber andererseits wird er sich erbieten, für sein adoptirtes Vaterland Alles zu thun, was in seiner Macht steht, und dergleichen mehr. Die bulgarische Regierung würde alsdann erklären, daß da der Prinz wiedergewählt worden und es abgelehnt habe, unter den gegenwärtigen Umständen zurückzukehren, sie, die Regenten, fortzufahren, bis andere Arrangements getroffen werden können und bis die Zeit sich günstiger gestaltet. In dieser Weise würde die Regenschaft, von Russland geschickt, für einen unabkömmbaren Zeitraum am Ruder bleiben, während das Land leicht genug von dem Prinzen selber, von seinem deutschen Heim in Jungenheim aus, regiert werden könnte.

Dies ist die Prophezeiung der Russen, welche überzeugt sind, daß die Regenten während der ganzen Zeit die Regierung für den Prinzen Alexander von Battenberg und unter dessen geheimen Ratshälsen geführt haben und unverzüglich dazu entschlossen sind, ihn auf jede Gefahr hin wieder in den Vordergrund zu bringen. Daher die der Regenschaft hier gegebene Bezeichnung: "Schweif des Jungenheimer Kometen."

Das russische Vorgefühl, daß es dies ist, worfür die Regenschaft arbeitet und was vielleicht auch eintreffen wird, wird durch den festen Glauben bestärkt, daß Europa geneigt ist, irgend eine Combination zu beginnen, welche den Absichten und Wünschen Russlands entgegen ist, und zwar einerseits durch eine den Regenten gewährte geheime Ermunterung, und andererseits durch passive Gleichgültigkeit oder abstößliche Laune gegenüber jedem russischen Vorschlag oder Kandidaten.

General Kaulbars

soll, als er Sofia verließ, zornig gesagt haben: "Diese schuftigen Bulgaren haben mir meine Carrière verdorben." Die in diesen Worten liegende trübe Ahnung scheint nicht ganz grundlos gewesen zu sein. Von der Petersburger Presse wenigstens ist ihm bei seiner Ankunft in der russischen Hauptstadt nur ein sehr kühler Empfang bereitet worden. Die Blätter registrierten einfach, daß er eingetroffen ist. Der vom Fürsten Metzchterski herausgegebene "Grash-danin" betont, daß Kaulbars' Mission insofern höchst wichtig sei, als durch sie klar gestellt worden, daß die angeblichen russischen Sympathien des Bulgarenvolkes leeres Geschwätz seien. Vielleicht stützt das ganze Volk die antirussische Regenschaft. — Das ist gewiß ganz richtig und es ist anzuerkennen, daß die russische Presse endlich anzufangen scheint, dem russischen Publikum die Wahrheit zu sagen. Bis jetzt suchte man bekanntlich die Fiktion aufrecht zu erhalten, daß die antirussische Richtung der bulgarischen Politik nur das Werk einer kleinen Clique sei. Ob freilich der Empfänger Kaulbars' beim Kaiser in Sotschi auch so küß sein wird, muß abgewartet werden. Der Zar ist bekanntlich unberechenbar und bis jetzt hat Niemand der Angabe widergesprochen, daß alles, was Kaulbars gethan hat, auf direkte Anweisung des Zaren geschehen ist.

Wie ferner dem "B. T." aus Wien mitgetheilt wird, hat Kaulbars noch vor seinem Eintreffen in Petersburg schriftlich beim Zaren um Enthebung von seinem bisherigen Posten als Militärratsherr bei der Wiener Botschaft nachgesucht. Daran hat er gut gethan. Man hat es wenigstens in Wien

nicht an Andeutungen fehlen lassen, daß man ihn auf seinen Posten nicht zurückkehren sehen möchte.

Ägypten, Frankreich und der Sultan.

Unter dieser Überschrift schreibt die "St. James' Gazette" u. A.: "Was ist es, das die Franzosen dazu drängt, in so hartnäckiger Weise diese Fortsetzung an uns zu stellen? Die Antwort ist zweifellos: Vertrauen in die Unterstützung Russlands. Es kann aber mehr dahinter stecken. Es mag auch Vertrauen in türkische Unterstützung vorhanden sein; in türkische Unterstützung in Verbindung mit Russland. In der That dürfte nach den jüngsten Nachrichten aus Konstantinopel bei einem nicht besonders argwöhnischen Gemüte ein Zweifel rege werden, ob nicht wirklich irgend ein Einverständnis zwischen dem Sultan und dem Baron besteht; und wenn dies der Fall ist, dann wird es natürlich dieses französische Vorgehen sofort seine Geltung finden. Ist der Sultan aber so wahnsinnig, sich einem russisch-französischen Bündnis anzuschließen? Wenn dem so ist, dann kann er sich darauf verlassen, daß bei dem ersten Klarer Beweis von solch einem Einverständnis sein Reich in Europa seinem Geist verfallen wäre. Es würde dann einen Krieg geben, in welchem, was immer sich auch noch ereignen dürfte, sein Reich in Stücke zerfallen müßte. Wir nehmen indeß an, daß er diese für ihn allerwichtigste Erwägung nicht aus den Augen verloren hat, und hoffen ihn bald in einer anderen und verschiedenen Combination zu sehen."

Deutschland.

Am Berlin, 1. Dezember. [Die Budgetcomission des Reichstags] hat schon heute ihre Arbeiten begonnen; einen wesentlichen Erfolg aber hat diese Eile nicht gehabt, da wegen ungünstiger Informationen der Mitglieder die Beschlusfasung über alle wichtigeren Gegenstände ausgestellt werden mußte.

* [Zur Ordensfrage.] Die "N. fr. Pr." bringt folgendes Telegramm aus Rom vom 30. November: Die letzten Vorschläge, welche der Vatican nach dem rücksichtlich der Anzeigepflicht die Verständigung erzielt worden war, befußt Regelung der Ordensfrage in Berlin gemacht hat, sind bisher unbestritten geblieben, und zwar, wie es scheint, wegen der Forderung der Zulassung der Jesuiten.

* [Der Großherzog und der Erbgroßherzog von Sachsen] werden morgen Abend aus Weimar hier eintreffen und im königlichen Schloss absteigen, um am nächsten Tage an der großen Hofjagd im Grunewald teilzunehmen. Aus derselben Verlassung trifft um dieselbe Zeit auch der Herzog von Sachsen-Altenburg aus Altenburg hier ein und nimmt ebenfalls im Schlosse Wohnung.

gelangen. Tun Sie am Wahltag Ihre Pflicht, jeder Einzelne an seinem Thiel! — Stürmischer, minutenlanger Beifall und Hochrufe auf den Redner folgten dieser Rede.

* [Ein Cholerafall in Berlin?] Die "Post" berichtet: Unter choleraähnlichen Erkrankungen wurde am gestrigen Tage ein hier in Berlin ansässiger Arbeiter zur Charité gebracht. Seine Wohnung wurde sofort vollständig geschlossen. Die zu Tage getretenen Erkrankungen lassen befürchten, daß hier ein keineswegs leicht zu nehmender Cholera-Anfall vorliegt; das Nähre wird die ärztliche Untersuchung ergeben. So viel wir noch erfahren konnten, geht es aber dem Patienten heute besser und scheint die Lebensgefahr bestigt zu sein.

* [In den Ausweisungen.] Dem "Dzienn. Pozn." wird unter dem 28. v. M. aus Glasgow mitgetheilt, daß in der Woche zuvor dort sehr viele ausgeweierte Polen mit Frauen und Kindern, sowie polnische Juden aus Edinburgh ankamen, wohin sie von Hamburg gereist waren; von Glasgow beobachteten sie nach Newyork zu reisen. Unter diesen Leuten herrschte großes Elend.

* [Anfang zu Aufstellungszwecken.] Das erwähnte Gut Sadołoszcz ist, wie der "Posener Zeitung" von zuständiger Seite mitgetheilt wird, nicht mit 246 M. pro Morgen (wie volkstümliche Zeitungen angeben), sondern mit 130 M. pro Morgen bezahlt worden. Das Gut umfaßt ein Areal von 1950 Morgen.

* [Über die Lage der südostafrikanischen Kolonialgesellschaft.] Findet man in dem von der "Deutsch. Colonialzeitg." veröffentlichten Vorstandsbüchlein über das abgelaufene Geschäftsjahr (30. April 1885 bis 31. März 1886) Mittheilungen. Danach sind von dem einzigen ein Gründermann von 1 191 000 M. verausgabt an Kaufalde für die Länderebiete 722 711 M., für Organisation der Gesellschaft und Handlungsunfosten 15 804 M., an Ausgaben für Minenconcessionen 1636 M., für die Expeditionen 118 031 M., für Ausstattung der Expeditionen 31 386 Mark. Mit Hinzurechnung der Zinsen ergiebt sich demnach ein Vermögensbestand von 310 451 Mark. Die erworbenen Landbesitzungen und Grundrechte stellen nach dem Eingeständniß des Berichts vorläufig noch keinen Nutzungsvertrag dar. Die Gesellschaft hat während des ersten Jahres keinerlei Einnahmen, sondern nur Ausgaben gehabt. Von Ausübung von Hoheitsrechten und Einführung einer Landesverwaltung mußte abgesehen werden, auch sei die Nachsuchung eines kaiserlichen Schreibbriefes noch unterblieben.

Bezüglich des Mineralienkommens haben die Expeditionen zu keinem verwerthbaren Resultat geführt. Es sind nicht genügende Erzmittel festgestellt, um den Abbau lohnend erscheinen zu lassen.

Ebenso enttäuschend lautet der Bericht über die Möglichkeiten des Ackerbaus und der Landwirtschaft.

Die letztere mußte sich wegen der Seltenheit der atmosphärischen Niederschläge auf die Fluhbetten und in die Nähe der wenigen verursachenden Quellen zurückziehen. Betreffs der Viehzucht heißt es, der Anbau des Rindviehs sei ein schwieriger. Die Anlage von Straußenfarmen sei weniger lohnend geworden.

Der Handel in dem Gebiete der Gesellschaft ist nur unbedeutend. Zu einer Organisation der Auswanderung kann die Gesellschaft die Verantwortlichkeit nicht übernehmen.

Aus dem Kre. Waldenburg, 1. Dezember. Nach dem "Württemberg. Grenz." hat die Verfügung des Bezirksausschusses zu Breslau, durch welche der Schöffe Winkler zu Kynau mit seiner Beschwerde endgültig abgewiesen ist, folgenden Wortlaut:

"Unter 27. September cr. haben Sie hier gegen die anbei zur folgenden Verfügung des königlichen Herrn Regierungs-Präsidenten vom 7. desselben Monats Besoldung eingelangt und mit Bezugnahme auf § 117 Landesverwaltungsasyls auf Bezugnahme durch das Collegium anggetragen. Da die Verfügung vom 7. September cr. sich indessen nicht als ein vom Vorsteher des unterzeichneten Bezirksausschusses erlassener Vorbehalt kennzeichnet, sondern von dem Herrn Regierungs-Präsidenten in seiner Eigenschaft als Beschwerdeinstanz gegen landräthliche Strafvorführungen gegen Gemeindeschöffe cr. auf Grund des § 36 Biständigkeitsgesetzes erlassen worden ist, so wird Ihr Antrag, wie hiermit gesieht, zurückgewiesen. Uebrigens wird noch bemerkt, daß das königliche Oberverwaltungsgericht zu Berlin, dem 3. September cr. unter Bezugnahme auf § 36 s. a. 3 Biständigkeitsgesetzes von hier aus vorgelegt worden war, in derselben eine Klage gegen den mehrheitlichen Beleidigung des Herrn Regierungs-Präsidenten nicht hat erblieben können. Der Bezirksausschuß. In Vertretung: (ges.) Uthmann."

Wie erinnerlich sein dürfte, hatte Dr. Winkler aus Kynau seiner liberalen Gesinnung wegen vom Landrat und auch vom Kreisausschuß die Beauftragung als Gemeindeschöffe nicht erhalten, war aber wegen Veröffentlichung seiner Angelegenheit im "Württemberg. Grenzboten" in einer Disciplinarstrafe genommen worden. — Der ganze Vorgang ist bemerkbar dazu das "B. T.", nur zu geeignet, unabhängigen Bürgern die Übernahme communaler Gremien zu verleihen. Den Anhängern des herrschenden Systems paßt das natürlich in den Kram; was wird aber aus unserer Selbstverwaltung?

Hamburg, 2. Dez. [Briefeüberleitung Hammonia.] Die Staatsanwaltschaft hat zu Gunsten der Hammonia entschieden und die Klage der kaiserl. Ober-Post-Direktion wegen unbefugter Beförderung von geschlossenen Briefen nach den Vororten Hamburgs abgelehnt. Die Hammonia kann nun ungehindert nach allen Vororten befördern.

Eine vielbenötigte Einrichtung sind die Gilbriebe, welche mittels Trichter den Adressaten sofort zugestellt werden. Zum Leidwesen der Gesellschaft hat die Polizeibehörde neuerdings das Entfernen der außerhalb der Häuser angebrachten Einwurfsäulen angeordnet und der Gesellschaft empfindliche Geldstrafen auferlegt. Letztere wird hiergegen den gerichtlichen Weg beschreiten. Die Gesellschaft geht mit der Absicht um, auch in Hamburg die pneumatiche Post einzuführen.

Lübeck, 2. Dez. An Stelle Dr. Külenkamps ist zum präsidentenden Bürgermeister für 1887/88 Senator Dr. Behn ernannt worden.

* [Ebersfeld, 1. Dezbr.] Der "Erft. Blg." zufolge hat am 29. November bei dem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Spezereihändler Hahn in Ebersfeld eine Haussuchung stattgefunden. Nach der Verjährung ist das ohne Genehmigung des Reichstags nicht zulässig, denn die Haussuchung wird als eine zur Untersuchung gehörige Handlung angesehen. Man muß deshalb erwarten, daß die Sache zum Gegenstand einer Interpellation im Reichstage gemacht wird.

Dresden, 1. Dezbr. Das "Dresdener Journal" wendet sich gegen auswärtige Blätter, welche gemeldet, daß in vielen Städten Sachsen bei den Stadtverordnetenwahlen die Sozialdemokraten mit beträchtlichen Majoritäten gesiegt hätten. Das Blatt bemerkt, daß nur in einem Orte, in Mittweida, einige Sozialdemokraten gewählt worden, während dieselben z. B. in Chemnitz vollständig unterlagen.

Zwickau, 1. Dezbr. Von der hiesigen Amtsbaupräsidenten ist, wie man der "Blg. Blg." berichtet, kurzlich ein Fortbildungsschüler aus Wahlen bei Grimmaischau, welcher trotz wiederholter Ermahnung schon seit Ostern d. J. den Fortbildungsschulunterricht verläumt hat, mit einer Haftstrafe von 55 Tagen belegt worden.

Frankreich.

Paris, 2. Dezbr. Die Deputiertenkammer

beschloß nach einer besiegten Rede des Ministerpräsidenten Freycinet mit 275 gegen 238 Stimmen, die Posten der Unterstaatssekretäre bei den Ministerien beizubehalten. Der Marineminister antwortete auf eine Frage über das Gerücht, daß das Kriegsschiff "Chandernagor" Schiffbruch erlitten habe, das Schiff sei am 10. vorigen Monats in der Bay vonAlong angelkommen; über seinen Abgang von dort sei noch keinerlei telegraphische Anzeige eingegangen. Das Gerücht von dem durch dasselbe erlittenen Schiffbruch sei deshalb wahrscheinlich falsch. (B. T.)

* [Paris, 2. Dezbr.] Der Viceadmiral Graf de Guichen ist gestorben.

Italien.

* [König und Bürgermeister.] Aus Rom wird geschrieben: Als das königliche Paar, aus Florenz zurückkehrend, von der Bevölkerung Rom in enthusiastischer Weise gefeiert wurde, erklärte der König an der Spitze der Gemeindevertretung den Bürgermeister von Rom, Herzog Torlonia, sieben, der den König ehrfürchtig begrüßte. König Humbert wünschte den Herzog, den er stets besonders hochgehalten hatte, herbei und riefte an ihn folgende Worte: "Ich bin über den glänzenden und herzlichen Empfang, den Rom uns bereitet, höchst erfreut und gebeten, ich danke der Stadt Rom hiermit, indem ich seinen ersten Bürger die Hand schüttle. Die Königin und ich, Herr Herzog, erfreuen Sie, in unserem Wagen Platz zu nehmen." Auf einen Wink der Königin rückte der jugendliche Kronprinz Italiens bei Seite dem Bürgermeister zu seiner Rechten Platz machend, und unter nicht endenwollenden begeisterten Zurufen der Menge, welche die dem romischen Volke angehörende Ehre wohl begriff, setzte sich der königliche Wagen in Bewegung.

Belgien.

Brüssel, 1. Dezbr. Der Bericht über den Antrag Dumont betreffend die Einführung von Gangszöllen auf Pferde, Vieh, Fleisch ist von der Centralsection der Kammer einstimmig angenommen worden und bereits vertheilt. Eine prozentionsmäßige Mehrheit in der Kammer ist dem Antrag gesichert. (Fr. 3.)

Bulgarien.

* [Sofia, 1. Dezember.] Wegen Unwohlseins Grekov reiste die Abordnung erst morgen ab. Wenn Grekov bis dahin nicht wiederhergestellt ist, reisen Stolow und Kalischew allein. Strantschi ist telegraphisch aufgefordert worden, bei dem Könige von Serbien Audienz für die Abordnung nachzu suchen.

Rusland.

* Die medizinische Akademie in Petersburg hat jüngst einen für die dem Studium der Medizin sich widmenden Frauen wichtigen Beschlüsse gefaßt. Auf eine Anfrage des Unterrichtsministeriums, ob das Diplom der Frauen als gleichwertig mit dem Diplom der männlichen Aerzte anzusehen ist, antwortete die Akademie befriedigend auf Grund einer Abstimmung, welche 19 Stimmen für und 3 gegen ergab. Demgemäß sind die weiblichen Aerzte in Russland auch in wissenschaftlicher Hinsicht den männlichen gleichgestellt worden.

Amerika.

* Die Hebung des Schulwesens in Mexico nach deutschem Muster macht mit Hilfe deutscher Schulmänner erfreuliche Fortschritte. Professor Nebesam, früher Lehrer in Lichtenfels, Oberfranken, hat im Laufe mehrerer Jahre das Schulwesen in Orizaba neu gestaltet und einen Kreis befähigter Schulmänner herangebildet; jetzt richtet er in Tolapa ein und ordnet 18 Cantonschulen, in jedem Staat je eine, die allen übrigen als Musterschulen dienen sollen. Direktoren derselben werden seine früheren Schüler von der Lehrerbildungsanstalt in Orizaba. Der Stathalter von Veracruz, General Juan de la Cárdenas, widmet dem Schulwesen seine besondere Aufmerksamkeit und Fürsorge. Er hat neuerdings an J. G. Finckel in Leipzig eine sehr namhafte Bestellung auf Lehrmittel und deutsche Schulbücher für die 18 Cantonschulen und das Lehrerseminar eingetragen.

Von der Marine.

* [Schiffsbewegungen.] Kanonenboot "Cyclop" Poststation: Kamerun. — Panzer-Fregatte "Friedrich Karl" Wilhelmshaven. — Kreuzer "Habsburg". — Kamerun. — Avio "Orsley" Malta. — Kreuzer-Corvette "Luise" St. Vincent (Car. Verd. Inseln). — Panzerfahrzeug "Mücke" Wilhelmshaven. — Kreuzer "Nautilus" Hongkong. — Kreuzer-Geschwader (Schiffe "Bismarck", "Carola", "Olga") Poststation: Hongkong. — Kreuzer "Albatros" Sidney (Australien). — Kreuzer "Möve" Zanzibar. — Kanonenboot "Hyäne" Zanzibar. — Corvette "Nixe" bis 14. Dezember Dominica, von da ab St. Thomas (Westindien). — Kanonenboot "Wolf" Hongkong. — Torpedoboot "Vorwärts" Kiel. — Kreuzer "Adler" Sidney (Australien). — Panzer-Corvette "Hanya" "Sachsen" und "Oldenburg" Kiel. — Schulgeschwader (Kreuzerfregatten "Stein", "Prinz Adalbert" und "Moltke") St. Thomas (Westindien). — Kreuzer-Corvette "Sophie" Poststation Aden.

Danzig, 3. Dezember.

Wetter-Aussichten für Sonnabend 4. Dezbr., auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte. Bei meist bedecktem Himmel ziemlich trüb. Weiter mit Niederschlägen bei frischen bis starken, böigen Winden aus westlicher bis nordwestlicher Richtung, mit abnehmender Temperatur.

* [Landwirtschaftliche Schau in Elbing.] Die Vorstehenden der in Elbing sesshaften landwirtschaftlichen Vereine haben nunmehr für die am 11. Dezember in Danzig stattfindende Verwaltungsratssitzung d. s. Central-Vereins westpreußischer

Landwirthe den Antrag gestellt, daß die nächstjährige Provinzial- resp. Districts-Übersicht anlässlich des 650-jährigen Jubiläums der Stadt Elbing dort abgehalten werden möge. Eine Provinzial-Schau hat im Bezirk des westpreußischen Central-Vereins erst einmal, und zwar 1878 in Danzig, stattgefunden. Eine zweite ist in den letzten Jahren mehrfach projektiert worden, hat aber bisher immer mit Rücksicht auf die ungünstige Lage der Landwirtschaft verschoben werden müssen.

* [Postarten], welche auf der Rückseite Preisverzeichnisse oder sonstige geschäftliche Mitteilungen aufgedruckt sind, werden nach einer früheren Bekanntmachung des Reichspostamtes nur noch bis zum 1. April f. J. als Druckachen befördert. Die Geschäftswelt wird daher gut thun in der Weihnachtszeit mit derartigen Karten aufzuräumen.

* [Ordensverleihung.] Dem Major Köhler, Bataillons-Commandeur im pommerschen Fuß-Artillerie-Regiment Nr. 2, bisher im Kriegsministerium, ist der Ritterorden 3. Klasse verliehen worden.

* [Verleihungen bei der Utrah.] Dem Abteilungs-Baumeister Fräulein in Corthaus ist der Anstritt aus dem Staatsdienst zum 1. Januar 1887 bis auf Weiteres gestattet. Verlebt ist: Regierung-Bauherr Wobbe von Strasburg nach Gneisen, Stations-Baumeister 2. Klasse Diadek von Marienwerder nach Koitz, die Stationärausübung Kaufmann von Prautz nach Golzow und Krämer von Hoch-Stüblau nach Marienwerder.

* [Abschiedsbewilligung.] Außer dem Marine-Schiffbau-Director Dede, dem beim Rücktritt in den Ruhestand der vorhe. Adler-Orden 4. Klasse verliehen worden ist, hat auch der Marine-Schiffbau-Ingenieur

Saefkow früher ebensolts längere Zeit in Danzig funktionierend den Abschied erbetteln und erhalten.

* [Gewerbe-Verein I.] Gestern Abend hielt Herr Rector Boese einen Vortrag über die Erfüllung und Verfolgung des Telephones. Redner beprach zunächst die physikalischen Gesetze der Elektrik und der Töne, kam dann auf die galvanische Batterie zu sprechen, welche einen kurzen Ubrich der Entstehungsgeschichte des Telephones, welche nach ihren praktischen Verhältnissen bis in das Jahr 1837 zurückreicht. 1877 trat der Amerikaner Bell mit einem neu konstruierten Telefon auf, das durch Siemens verbessert, jetzt allgemein Verwendung bei der Telegraphie findet. Es besteht einfach aus einem Magneten, einer darauf gestreiften Holzplatte, welche mit Kupferdrähten umwickelt ist, und einer überliegenden kleinen Eisenplatte. Diese Art des Telephones hat allerdings noch die Eigenschaft, daß die hineingesprochenen Worte sich bis zu dem Empfangsort bedeutend abschwächen; jetzt ist man aber bereits so vorgeschritten, daß man sogar die Worte einer Presse, welche über den Ausgangsapparat bewegt, deutlich am Empfangsort hören kann. — Bei Erledigung des Frage-Auftrags-Inhalts wies in Beantwortung der Frage: Wie ist das Verhalten des Staates heute zu den Fortbildungsschulden? Herr Matermeister Schütz auf die Verhandlungen der Gewerbeamtsschule hin. Herr Matermeister Schütz lobt das Bedürfnis zur Erweiterung der hiesigen Kunstschule hervor, während der Vorsteher der Gewerbeamtsschule gegen die obige Frage nichts zu berichten weiß.

* [Schweden.] V. Schwed. 2. Dezember. Am vergangenen Montag fand hierzulst ein Kreistag statt, auf dessen Tagesordnung (wie schon kurz berichtet ist) u. a. auch die Beschlusstafel über die Förderung der königlichen Staats-Regierung stand, nämlich zu dem Bau der Eisenbahn von Schweden nach der Ostbahn der Telegrafenpol den erforderlichen Grund und Boden innerhalb der Bahn in der Höhe von 60 000 £ zu zahlen.

Überzeugt war, ja waren die Mitglieder des Kreistages doch nicht für die vom Minister vorgelegte Linie Schweden-Wasserbrücke bei Rosslow, weil dieselbe nicht den Wünschen aller Beteiligten und auch den allgemeinen Verkehrs-Interessen des Kreises entspricht.

* [Schweden.] V. Schwed. 2. Dezember. Am vergangenen Montag wurde zunächst mit der Beweisaufnahme in dem großen Meinedalsprojekte wider die Gebr. Keslinke und Gebr. Gottschall fortgesetzt. Nicht allein, daß 44 Zeugen zu hören waren, es gestaltete sich auch die Vernehmung derselben mitunter recht schwierig und die Klärung der stark verweilten Sachlage, die das Verhalten der Anklägten durchaus nicht vereinfachte, beanspruchte viel Zeit. Ein Zeuge mußte sogar zur Ausnichterung erst 6 Stunden in Haft verbleiben, ehe er vernunftsfähig war. In thatlicher Beziehung ist noch zu erwähnen, daß der Angeklagte Jacob Klein am 8. Juni 1885 vor dem Amtsgericht zu Soppot befragt wurde, ob er Zeuge eines jüdischen Umganges des Jacob Keslinke (Bruder des ersten Angeklagten) mit der Modellschweinheit gewesen. Auch dieser Eid soll wissenschaftlich falsch geleistet sein. Jacob Keslinke bezog sich bei der Vernehmung über diesen Punkt auf das Zeugnis des zufällig in Subkammer befindenden Gütepfäfers Albert Weiß. Er hatte damit aber wenig Glück, denn der Zeuge bestätigte nicht nur nicht seine Behauptung, sondern stellte im Gegenteil der Modellschwein das beste Zeugnis aus. Ein ebenfalls anwesender Zeuge, der angibt, durch Thypus bedingt an Gedächtniskraft geschwächt zu sein, beruft sich auf seine Frau, der er früher Alles erzählt habe. Dieselbe wußte nur per Telegramm aus Dobnaberg vorgelebt werden. Jacob Keslinke soll übrigens nicht nur selbst am 6. November 1885 einen Meinedal gestellt haben, sondern auch drei Arbeiter zu fälschen Aussagen an verleitet haben. Er wird ferner der Aufstellung zum Meinedal des Modellschweins gewidmet. Beim Schluß der Beweisaufnahme wurde noch constatirt, daß die Modellschwein mit Johann Keslinke vom Jahre 1878 bis 1884 verlobt gewesen und letzterer ihr die Heirat vorschreibt. Um 1 Uhr wurde heute eine innre Mittagspause gemacht und hierauf begannen Nachmittags die Plaidoires. Das Ende des Plauders soll eine nochmalige Vorlage über die Beiträge des Kreises dem Kreistag gemacht werden. — Allerdings wurde in Erledigung der Tagesordnung zum Mitglied des Verwaltungsrates für die hiesige Kreis-Spartasse am Siedlungsstelle des Herrn Flinger der Gütepfäfer Leipzig-Wort gewählt. Nach dem Kreis-Ausgleich der Kreis-Ausgleichsvereinigung ist dies der Kreis-Verwaltungsrat für die hiesige Kreis-Spartasse.

* [Schweden.] V. Schwed. 2. Dezember. Nach dem Kreistag wurde zunächst mit der Beweisaufnahme in dem großen Meinedalsprojekte wider die Gebr. Keslinke und Gebr. Gottschall fortgesetzt. Nicht allein,

daß 44 Zeugen zu hören waren, es gestaltete sich auch die Vernehmung derselben mitunter recht schwierig und die Klärung der stark verweilten Sachlage, die das Verhalten der Anklägten durchaus nicht vereinfachte, beanspruchte viel Zeit. Ein Zeuge mußte sogar zur Ausnichterung erst 6 Stunden in Haft verbleiben, ehe er vernunftsfähig war. In thatlicher Beziehung ist noch zu erwähnen, daß der Angeklagte Jacob Klein am 8. Juni 1885 vor dem Amtsgericht zu Soppot befragt wurde, ob er Zeuge eines jüdischen Umganges des Jacob Keslinke (Bruder des ersten Angeklagten) mit der Modellschweinheit gewesen. Auch dieser Eid soll wissenschaftlich falsch geleistet sein. Jacob Keslinke bezog sich bei der Vernehmung über diesen Punkt auf das Zeugnis des zufällig in Subkammer befindenden Gütepfäfers Albert Weiß. Er hatte damit aber wenig Glück, denn der Zeuge bestätigte nicht nur nicht seine Behauptung, sondern stellte im Gegenteil der Modellschwein das beste Zeugnis aus. Ein ebenfalls anwesender Zeuge, der angibt, durch Thypus bedingt an Gedächtniskraft geschwächt zu sein, beruft sich auf seine Frau, der er früher Alles erzählt habe. Dieselbe wußte nur per Telegramm aus Dobnaberg vorgelebt werden. Jacob Keslinke soll übrigens nicht nur selbst am 6. November 1885 einen Meinedal gestellt haben, sondern auch drei Arbeiter zu fälschen Aussagen an verleitet haben. Er wird ferner der Aufstellung zum Meinedal des Modellschweins gewidmet. Beim Schluß der Beweisaufnahme wurde noch constatirt, daß die Modellschwein mit Johann Keslinke vom Jahre 1878 bis 1884 verlobt gewesen und letzterer ihr die Heirat vorschreibt. Um 1 Uhr wurde heute eine innre Mittagspause gemacht und hierauf begannen Nachmittags die Plaidoires. Das Ende des Plauders soll eine nochmalige Vorlage über die Beiträge des Kreises dem Kreistag gemacht werden. — Allerdings wurde in Erledigung der Tagesordnung zum Mitglied des Verwaltungsrates für die hiesige Kreis-Spartasse am Siedlungsstelle des Herrn Flinger der Gütepfäfer Leipzig-Wort gewählt. Nach dem Kreis-Ausgleich der Kreis-Ausgleichsvereinigung ist dies der Kreis-Verwaltungsrat für die hiesige Kreis-Spartasse.

